



Netzwerk-Stand beim Kirchentag in Leipzig

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

seit Monaten ist das Thema immer wieder in den Schlagzeilen: Die geplante Endlagerung atomaren Mülls im Pazifik. Und nach wie vor ist die Rede von den beiden Atollen Palmyra und Wake als mögliche Orte der Endlagerung. Bereits in der Rundbrief-Ausgabe vom Oktober 1996 hat Ingrid Schilsky über Palmyra als Weltendlager für sogenannten friedlichen Atommüll berichtet. Ein aktueller Stand der Dinge ist in diesem Rundbrief abgedruckt.

Im Anschluß daran stellt Renate Domnick eine von FIAN koordinierte Kampagne gegen den Goldabbau vor. Die Kampagne setzt sich gegen die Zerstörung von Lebensgrundlagen durch den weltweiten Goldabbau ein. Veränderte Bedingungen des Goldabbaus sollen letztendlich helfen, die destruktiven Folgen für die Umwelt und die betroffene Bevölkerung einzuschränken. Die Forderungen sind identisch mit denen der Betroffenen: Anerkennung von Land- und Wasserrechten sowie kultureller und ökonomischer Rechte. Außerdem wird der Einbezug der Betroffenen in sämtliche Entscheidungsprozesse gefordert.

Diesem Bericht ist jedoch ein Rückblick auf die Mitgliederversammlung des Netzwerkes im Februar/März dieses Jahres vorangestellt.

"Was ist Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit?" Über dieses Thema hatte Barbara Unmüßig von WEED (Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung) referiert. Eine Zusammenfassung ihres Beitrags und der anschließenden Diskussion stehen am Anfang dieses Rundbriefes, ebenso ein kurzer Bericht über den Kirchentag in Leipzig.

Zum Abschluß enthält auch dieser Rundbrief wieder einige Terminhinweise.

Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen/Euch

Berichte

"Globale Gier nach Gold und Kupfer. Raubbau statt rechtem Tausch"

Motto des Netzwerkes beim Evang. Kirchentag in Leipzig (18. bis 22. Juni 1997)

Eine erste Kontaktaufnahme des Pazifik Netzwerkes mit den neuen Bundesländern hat im April 1996 im Rahmen eines Informationsabends in der Leipziger Thomas-Mattäi-Kirchgemeinde stattgefunden. Mit der Diaserie "Die Flüchtlinge im Regenwald von Papua-Neuguinea" wurde auf das Anliegen des Netzwerkes beim Kirchentag aufmerksam gemacht: "Globale Gier nach Gold und Kupfer. Raubbau statt rechtem Tausch." Gleichzeitig bildete dieser Abend den Auftakt unserer Öffentlichkeitsarbeit zu Westpapua (MV-Mandat 1996).

Der Erfolg dieser ersten Veranstaltung zeigte sich nicht zuletzt in der darauf folgenden Einladung zum Gemeindefest der Thomaskirche Ende Juni, bei dem das Netzwerk mit einem Informationsstand vertreten war. Mit dabei waren zwei Gäste aus Bena Bena/Papua-Neuguinea, die sich zu diesem Zeitpunkt im Rahmen des ASA-Berufstätigenaustauschprogrammes der *Carl Duisberg Gesellschaft* in Deutschland aufhielten.

Beim Kirchentag ("Markt der Möglichkeiten") waren dann - nach einer arbeitsintensiven Vorbereitungsphase vor allem in Bezug auf die Ausstattung des Marktstandes - neun Netzwerk-Mitglieder vertreten. Das zentrale Thema am Stand bildete der Bergbau in der pazifischen Region. Neben der Veranschaulichung der Problematik an sich appellierte das Netzwerk an die Verantwortung der Menschen hier in unseren Breiten, forderte zumindest einen kritischen und bewußten Umgang mit Rohstoffen wie Gold und Kupfer. Die Resonanz bei den zumeist jugendlichen Kirchentagsbesuchern war sehr gut. Wie bereits erwartet konnten sich vor allem die Besucher aus den neuen Bundesländern, die jahrelang Erfahrungen im Braunkohleabbau gesammelt hatten, mit der Problematik des Bergbaus identifizieren. Die Präsenz Ottis Simopiarefs` von der *New Guinea Working Group Foundation* - auf Einladung der Informationsstelle - erwies sich für beide Seiten als sehr positiv. Einerseits nahm er die Gelegenheit wahr, Aufmerksamkeit auf Westpapua, seine Menschen und Probleme zu lenken, andererseits erhöhte er gleichzeitig mit Aktionen wie der Bemalung von Gesichtern die Attraktivität unseres Standes.

Ein vollkommen anderes Thema wurde in Kooperation mit der *Deutschen Seemannsmission* thematisiert. Im Rahmen eines Aktionstages auf dem "Markt der Möglichkeiten" stellten das Netzwerk und die Seemannsmission das "Marine Training Centre", eine deutsche Seefahrtsschule auf Kiribati, und die damit verbundenen Probleme für die Inselbevölkerung vor. In der anschließenden Diskussion wurden Vorschläge zur Behebung und Vermeidung der bisher gemachten Fehler erörtert.

Insgesamt haben die Netzwerk-Leute während des viertägigen Markttreibens eine überaus positive Resonanz von Seiten eines engagierten Publikums erfahren.

sp

Was ist Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit?

Das inhaltliche 'high light' der diesjährigen **Pazifik-Netzwerk-Tagung** vom 28.2. bis 2.3.1997 in Stein bei Nürnberg war der Vortrag von **Barbara Unmüßig (WEED)** über **Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit**.

In ihrem Referat und der anschließenden Diskussion wurde einerseits deutlich, wo die Schwierigkeiten von Nichtregierungsorganisationen (NROs) Ende der 90er Jahre liegen, andererseits aber auch, wie erfolgreich selbst kleine Organisationen in ihrer Öffentlichkeitsarbeit sein können, wenn sie es richtig anpacken.

Barbara Unmüßig ist im Vorstand und als Hauptamtliche bei **WEED** in Bonn. Die Abkürzung WEED (auch englischer Name für Unkraut) steht für World Economy, Ecology and Development (Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung). WEED wurde als NRO 1994 gegründet und beschäftigt sich vor allem mit der Frage der Verschuldung und mit außenwirtschaftlichen Beziehungen. Die Organisation finanziert sich zu einem geringen Teil aus den Beiträgen der 130 Mitglieder, hauptsächlich aber aus Anträgen bei in- und ausländischen Stiftungen, kirchlichen Organisationen u.ä., manchmal auch aus Spenden von Privatpersonen ("reiche Erben"). Expertisen werden sowohl von eigenen Leuten als auch teilweise in Werkverträgen von außerhalb erstellt. Die Informationszeitschrift "Weltwirtschaft und Entwicklung" erscheint viermal im Jahr.

Die Referentin schilderte zunächst die Entwicklung der Solidaritätsarbeit, in der sich seit Ende der 80er Jahre ein Umbruch zeigte. Die klassischen Soligruppen verloren viele Mitglieder. Die politischen Nord-Süd-Verhältnisse haben sich geändert, sie sind jetzt weniger durch Neokolonialismus geprägt,

sondern mehr durch Beziehungen innerhalb der Weltwirtschaft. Dazu ist die ökologische Komponente global mehr ins Blickfeld gerückt. Immer mehr Gruppen (NROs) haben nicht mehr den Staat als Adressaten, sondern (oft international tätige) Großunternehmen. Daraus ergibt sich, daß heute andere politische Instrumente eingesetzt werden müssen. Zudem kann heute nicht mehr auf die alten Mobilisierungseffekte gehofft werden. In den 70er und 80er Jahren gab es noch eine Mobilisierung "von unten", die letzte Großdemonstration zur Nord-Süd-Problematik fand jedoch 1988 zur IWF-Tagung in Berlin statt.

In den 90er Jahren wurden neue NROs gegründet, so zum Beispiel WEED, German Watch und FIAN, die nicht mehr den "Umweg" über die Straße gehen, sondern in Lobby-Arbeit **direkt** an die Entscheidungsträger heranzukommen versuchen - also zum Beispiel an Parlamentarier. Nicht zufällig haben die meisten von ihnen Bonn als Geschäftssitz gewählt. Diese "non profit" NROs haben jedoch keine echten Machtmittel. Der Staat hat das Gewaltmonopol, die Wirtschaft die Finanzkraft, die Gewerkschaften Streik als Machtmittel. Die NROs verfügen ausschließlich über "weiche" Mittel, eine hohe moralische Integrität. Diese reicht jedoch auf Dauer nicht aus, gefragt sind Sachkompetenz und Lösungsvorschläge.

In den letzten Jahren ist offensichtlich geworden, daß staatliche Regulierungsmechanismen oft nicht mehr ausreichen, NROs werden plötzlich zu "Hoffnungsträgern". Seit den 80er Jahren erfahren sie eine soziale Aufwertung, zum Beispiel durch Teilnahme an großen UN-Konferenzen und in diversen Gremien im Beobachterstatus.

Die NROs werden dadurch aber in eine zweiseitige Rolle gedrängt. Eine Einflußnahme wird möglich, aber es ist wichtig, genau zu erkennen, wo die Spielräume sind, woran man teilnehmen soll und wo nicht.

Beispiel: Afrikanische Länder sind hauptsächlich bei öffentlichen Banken (Weltbank) verschuldet (im Gegensatz zu lateinamerikanischen Ländern). Da die Weltbank in Afrika selbst in Zugzwang ist, ergeben sich relativ große Spielräume, der Versuch einer Einflußnahme ist also sinnvoll.

Angebote zur Zusammenarbeit von **staatlicher Seite** haben zwei Seiten:

Die Chancen:

- Zugang zu Informationen, z.B. Verhandlungsdokumenten, siehe Klimakonferenzen
- neue Allianzen können gebildet werden, z.B. NROs und Small Islands Nations
- Politik der kleinen Schritte.

Die Gefahren:

- extreme Spezialisierung, die Spezialisten der NROs sind oft in Gerede und Gehabe kaum von Regierungs- (oder Firmen-) Vertretern zu unterscheiden,

entwickeln sich genauso zu "Fachidioten"

- die NROs begeben sich in ungeheure Anpassung an das politisch Machbare, keine extremen/ideellen Forderungen mehr, die Forderungen werden den jeweiligen Gegebenheiten angepaßt
- Verlust der Rückkoppelung zur Basis
- große finanzielle Mittel (z.B. für Expertisen, Reisekosten) sind nötig, das heißt nur große NROs können sich einbringen, die Vielfalt der NROs geht verloren
- Regierungen wollen meist nur *einen* Gesprächspartner, *einen* Ansprechpartner haben, z.B. einen Dachverband.

Am Beispiel des 3-Schluchten-Staudamm-Projekts am Jangtse (China) zeigt sich aber auch: Wenn es um knallharte wirtschaftliche Interessen geht, werden alle Türen zugeknallt. Über dieses ökologisch umstrittenste Staudamm-Projekt, das weltweit massive Proteste hervorruft, ließ WEED eine umfangreiche Expertise erstellen, die an Ministerien, Parlamentarier etc. verschickt wurde. Keiner der Briefe an die Ministerien wurde beantwortet. Die direkte Ansprache von Redakteuren "mit Umweltherz" führte jedoch zu umfangreichen Presseartikeln über die beantragten staatlichen Bürgschaften deutscher Firmen für deren Beteiligung an dem skandalträchtigen Projekt. Es kam dazu, daß zwei Parteien Anträge zu diesem Thema im Bundestag einbrachten. Vor der Behandlung dieser Anträge im Parlament entschied jedoch die Bundesregierung, drei deutschen Firmen Hermesbürgschaften für ihre Staudamm-Lieferungen zu gewähren.

Die WEED-Aktivitäten waren dennoch nicht umsonst: Parlamentarier und Politiker geraten unter Rechtfertigungsdruck, da - aufgrund der ausführlichen Berichterstattung - klar ist, daß sie über die negativen Folgen des Staudamm-Projektes informiert waren.

Wichtig für die internationale Glaubwürdigkeit ist es, lokale Bündnispartner zu haben. Einheimische Gruppen vor Ort, die sich gegen das Projekt wenden, fehlten allerdings beim 3-Schluchten-Staudamm. Es gibt jedoch eine hochgradige weltweite Vernetzung dazu mit verschiedenen NROs, die permanent Kontakt halten.

Außer den Fällen, in denen Partner vor Ort um Unterstützung bitten, sieht Barbara Unmüßig zwei weitere wichtige Ansatzpunkte für mögliche Interventionen:

Wenn öffentliche Gelder in einem Projekt stecken (Weltbank-Kredite, staatliche Bürgschaften, DED), ist das eine Legitimationsgrundlage für Interventionen.

Sind deutsche Firmen an zweifelhaften Projekten beteiligt, ist es erfolgversprechend, diese öffentlich auf ihre Verantwortung für die ökologischen und sozialen Folgen ihrer Projekte hinzuweisen. Viele Firmen

haben inzwischen große Angst davor, öffentlich in Mißkredit gebracht zu werden.

Wenn die Ansprechpartner vor Ort kurzfristig "zufriedengestellt" wurden (z.B. durch Entschädigungszahlungen), ist dennoch ein kontinuierliches "monitoring", eine Weiterbeobachtung, sinnvoll. (Dieser Hinweis mit Hintergrund "Ok Tedi" kam aus dem Plenum.)

Auch für die Verknüpfung von Lobby- und Basisarbeit liefert das 3-Schluchten-Staudamm-Projekt ein Beispiel: Gruppen "kritischer Aktionäre" haben Mahnwachen vor beteiligten Firmen abgehalten.

Gerade kleine Organisationen mit wenigen Mitarbeitern wie zum Beispiel WEED stoßen jedoch sehr schnell an personelle Grenzen, wenn es um die Zusammenarbeit mit neuen Gruppen (wie etwa den "kritischen Aktionären") geht.

Firmen als Adressaten zu haben stellt kleinere NROs (und auch WEED) vor ganz neue, große Herausforderungen. Die großen Umwelt-Verbände sind seit langem im Dialog mit einigen Firmen, die Kehrseite davon ist aber, daß an den entsprechenden Stellen die harte Konfrontation fehlt.

Den großen Spagat zwischen Eingebundensein in die Lobbyarbeit mit Firmen sowie offiziellen Stellen einerseits und dem konsequenten Vertreten einer inhaltlich klaren Linie andererseits halten viele NROs nicht durch, a) entweder (bei kleinen Organisationen) aus personellen Gründen oder b) weil zu früh die Schere im Kopf zu schneiden anfängt, man läßt sich beim "Dialog" den Kopf vernebeln ...

Durch die zahlreichen Dialog-Angebote von Organisationen wie IWF oder von Firmen kann es für NROs auch zum "**participation overkill**" kommen: Man läßt sich in deren Sachzwänge, Ambiente etc. einwickeln, fühlt sich gebauchpinselt, wenn man vom IWF zum "Dialog" gebeten wird etc! (Und, darauf wird aus dem Plenum verwiesen, in Entwicklungsländern kommt es nicht selten vor, daß sich Experten von NROs in lukrative Regierungsjobs hineinlocken lassen und die NROs ausbluten.)

Dialoge mit Firmen etc. bergen eine weitere Gefahr: Die NROs fungieren als "Frühwarnsystem", sie liefern den Firmen genau die Argumente, auf die diese sich in ihrer eigenen PR-Arbeit dann einstellen müssen bzw. erleichtern es den Firmen, mit den Gegenargumenten sehr schnell öffentlichkeitswirksam vorzupreschen.

Aus diesen Erwägungen ergeben sich **Mindestanforderungen an die Dialoge** mit Firmen, Organisationen wie IWF, Regierungsstellen etc:

- Bei Podiumsdiskussionen auf zwei ModeratorInnen (von jeder Seite eine/n) bestehen; die Informationen und Dokumente des Dialogpartners müssen *vorher* zur Verfügung stehen, damit man weiß, worauf man sich einläßt; gemeinsames Aushandeln von Tagesordnung, Themen etc.
- Wichtig ist, mit klarer Argumentation und klaren Fakten anzutreten, sich aber trotzdem nicht in hochspezialisierte Fachdiskussionen verwickeln zu lassen (denn z.B. die Weltbank mobilisiert im Notfall 20 Gegenexperten!)
- Genau überprüfen, wofür Firmen oder die Regierungsseite einen Dialog nutzen wollen und sich fragen: Was haben *wir* davon?
- Kooperation mit anderen Gruppen.

Es gab lange keine Vernetzung im entwicklungspolitischen Bereich. Während sich der "Deutsche Naturschutzring" als Dachverband aller Naturschutzorganisationen (auch Robin Wood etc.) schon vor 30 Jahren gegründet hat, entstand erst im Dezember 1995 ein entwicklungspolitischer Dachverband: VENRO, die Vereinigung Entwicklungspolitischer NROs mit Geschäftsstelle in Bonn.

Die Problemorientierung innerhalb der NROs ist (noch) unterschiedlich: Die deutschen Umweltverbände konzentrieren sich auf *nationale* Probleme, wohingegen die Entwicklungs-Organisationen durch verschiedene internationale Konferenzen inzwischen mehr *international* öko-sozial orientiert sind.

Ein großes **Defizit** weisen die meisten NROs bisher in folgenden Bereichen auf:

- a) Prozesse zu dokumentieren: wo ist was gut gelaufen, wo ist was schlecht gelaufen, warum
- b) Erfolge zu dokumentieren.

Wichtig ist, ab und zu innezuhalten, sich politisch einzuordnen, den Überblick zu behalten. Eine realistische Einschätzung der Situation und der eigenen Kräfte sowie kluge Arbeitsteilungen sind notwendig. Die NROs müssen flexibel bleiben und sich nach vielen neuen Bündnispartnern umschaun.

Lobbyarbeit ist nur sinnvoll, wenn gleichzeitig Öffentlichkeitsarbeit gemacht wird. Medienmacht zu mobilisieren und Journalisten zu gewinnen gehört zum Wichtigsten, auch Journalisten zum weiteren eigenen Recherchieren zu motivieren. Dann können sogar auch, auf der Basis hoher moralischer Integrität, unpopuläre Themen an die Öffentlichkeit gebracht werden.

Ortrun Alius, Stuttgart und Ingrid Schilsky, Hamburg

WEED, Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V., Berliner Platz 1, 51 111 Bonn; Tel: 0228-696479, Fax: 0228-696470, e-mail: weed@oln.comlink.apc.org

Atommüll-Lagerung im Pazifik als Beitrag zur Abrüstung?

- Aktualisierte und ergänzte Fassung des "Palmyra"-Artikels im *Rundbrief* vom Oktober 1996 -

Seit etwa einem Jahr geistern Meldungen über ein geplantes internationales Atommüll-Endlager im Pazifik durch die Medien. Was zunächst nur wie ein jedem gesunden Menschenverstand hohnsprechendes Hirngespinnst erschien - das Abladen einer jahrtausendelang strahlenden Fracht auf nur zwei Meter hohen Korallenatollen -, wird nun von den potentiellen Betreibern als "disarmament" angepriesen und verdient wohl doch eine nähere Betrachtung, zumal jede Menge Geld dahinterzustecken scheint.

Die Idee, Atommüll durch Transport auf eine einsame Insel zu 'entsorgen', ist nicht so neu: Auf den Marschall-Inseln (wozu auch das Bikini-Atoll gehört) gab und gibt es immer wieder Überlegungen, die sowieso schon durch Atomtests verseuchten Inseln gewinnbringend als Atommülldeponien zu vermarkten, und die US-Regierung selbst hatte im Jahr 1979 das Palmyra-Atoll als strahlendes Endlager ausersehen, gab jedoch ihre Pläne nach heftigen Protesten aus der Region auf (1). Inzwischen gelten in den USA Umweltbestimmungen, die einer solchen 'Lösung' entgegenstehen (2). Auf der anderen Seite werden die Probleme der Industrienationen mit ihrem Atommüll immer offensichtlicher, und mit der Öffnung des Eisernen Vorhangs ist ein weiterer potentieller Entsorgungsmarkt dazugekommen.

Mit ihrer Firma 'U.S. Fuel and Security Services Inc.' hatten im letzten Jahr der pensionierte Marineadmiral Daniel J. Murphy und der Brite Alexander Copson versucht, in den USA eine Genehmigung für den Atommülltransport auf das Palmyra-Atoll zu erhalten, waren aber - trotz hochkarätiger Lobbyisten - an den verschärften amerikanischen Umweltgesetzen und an Protesten aus der Pazifikregion gescheitert. Aus dem Weißen Haus wurde aber auch vermeldet, daß der Ansatz einer internationalen Lösung der Atommüllproblematik als nicht uninteressant betrachtet werde.

Dem trägt ein neuer Gesetzentwurf für den US-Senat - mit Datum vom 28. Januar 1997 - Rechnung: Einem amerikanisch-russischen Konsortium, der Firma 'Nuclear Disarmament Services Inc', solle auf den nordpazifischen Inseln Wake und/oder Palmyra der Betrieb eines Atommüll-Lagers für mindestens 200 000 Tonnen abgebrannter Brennelemente gestattet werden; das russische Atomenergie-Ministerium MinAtom unterstütze diesen Plan (3). Um das Lager baldmöglichst einrichten zu können, werden Ausnahmen von gültigen Umweltgesetzen beantragt.

Russisches Plutonium unter amerikanischer Regie zu 'entsorgen', bevor es in

die Hände von Terroristen oder fremden Staaten fiele, könnte zum Beispiel US-Bürger vor nuklearen Anschlägen islamischer Fundamentalisten schützen, meint Daniel J. Murphy, inzwischen Präsident der Firma 'Nuclear Disarmament Services' (NDS): "Jede Tonne ausländischer abgebrannter Brennelemente ist eine Bedrohung für den American way of life!" (zit. nach (4)).

Geschäftsführer des 'disarmament' (!)-Unternehmens ist wiederum Alexander Copson, nach taz-Informationen Giftmüllhändler und ehemaliger Gitarrist der Rockgruppe Iron Butterfly. Hinter Copson und Murphy, der übrigens unter CIA-Direktor George Bush, dem späteren Präsidenten, Stabschef des Geheimdienstes war, steht die New Yorker Investmentfirma KVR.

Die Insel Wake und das Palmyra-Atoll (sowie das Midway-Atoll, das von den Firmen ursprünglich vorgesehen war) liegen etwa in der Mitte zwischen Rußland und den USA und sind zwar nicht Teil eines US-Bundesstaates, stehen aber unter amerikanischer Verwaltung.

Die US-Firma 'Fuel and Security Services' hat im letzten Jahr das Palmyra-Atoll gekauft oder zumindest durch eine hohe Anzahlung eine Kaufoption erworben (5).

Palmyra scheint aus zwei Gründen als Atommüll-Lager geeignet zu sein: Zum einen untersteht das Atoll direkt dem amerikanischen Innenministerium, es ist unbewohnt und seit vielen Jahren in Privatbesitz; zum anderen haben die US-Aktivitäten während des Zweiten Weltkrieges dort gezeigt, daß Palmyra per Schiff und Flugzeug gut erreichbar ist, was längst nicht für alle Südsee-Atolle zutrifft.

Das Palmyra-Atoll ist das nördlichste Atoll der 'Line Islands' und liegt circa 600 km nördlich des Äquators, etwa zwischen Hawai'i und Tahiti. An seiner höchsten Stelle ist der Inselring 2 Meter hoch, die gesamte Landfläche wird, je nach Quelle, mit Werten zwischen 3 qkm und 12 qkm angegeben (ein Teil der Streuung geht sicherlich auf Messungen bei unterschiedlichen Tiden zurück). Das Atoll ist nach dem amerikanischen Schiff benannt, von dem es 1802 entdeckt wurde (und dieses wiederum erhielt wohl seinen Namen nach der alten syrischen Oasenstadt).

Unter König Kamehameha IV. nahm Hawai'i 1862 Palmyra in Besitz, und als die USA im Jahre 1898 Hawai'i annektierten, gehörte dazu auch Palmyra. Später wurde Palmyra dem amerikanischen Innenministerium unterstellt. Eine Familie aus Hawai'i kaufte 1911 den Inselring, bewirtschaftete eine Zeitlang Kokosplantagen, und verkaufte 1922 Palmyra an die Fullard-Leo-Familie aus Hawai'i, deren Erben die Insel immer noch besitzen oder zumindest bis vor kurzem besaßen.

Während des Zweiten Weltkrieges waren 6.000 US-Soldaten auf Palmyra stationiert, die die 52 Inselchen des Atollrings zu 39 Inseln zusammenlegten, als sie eine Landebahn anlegten, die bis 1961 in Betrieb war; Reste von Hafenanlagen sind ebenfalls noch vorhanden.

Die hufeisenförmige, 6,5 qkm große Insel Wake - eigentlich ein Atollring aus drei Inseln - liegt etwa 4.000 km westlich von Hawai'i, nördlich der Marshall Islands, und ist nach dem britischen Kapitän benannt, der die Insel 1796 passierte. Das weniger als vier Meter hohe Atoll war unbewohnt, wurde jedoch von Zeit zu Zeit von den Bewohnern der Marschall-Inseln zum Jagen von Vögeln und Schildkröten aufgesucht. Die USA annektierten 1898 Wake Island, um eine Kabelstation zu bauen; 1935 kam eine Station zum Auftanken der Maschinen von Pan American Airways dazu. Im Zweiten Weltkrieg war Wake Schauplatz schwerer Kämpfe - mit großen Verlusten auf beiden Seiten - zwischen den USA und Japan, das Wake bis Kriegsende besetzt hielt. Seit Anfang der 70er-Jahre durch die Entwicklung neuer Langstreckenmaschinen das Auftanken ziviler Flugzeuge unnötig wurde, hat die Luftwaffe der USA die Kontrolle über die Insel, die - wie Palmyra - dem amerikanischen Innenministerium untersteht. Neben dem militärischen Personal leben auch Zivilisten auf Wake, die zum Beispiel die dortige Wetterstation betreiben. Im Jahre 1975 waren etwa 15.000 vietnamesische Flüchtlinge auf Wake untergebracht, bevor sie in die USA weiterreisen durften. Das abgelegene Atoll war auch als einer der möglichen Umsiedlungsorte für die ehemaligen Bewohner des durch Atomtests verseuchten Bikini-Atolls im Gespräch. Aufgrund seiner geographischen Lage wird Wake - anders als Palmyra - von Zeit zu Zeit von Taifunen heimgesucht! (6)

Für ihre idyllischen Südsee-Inselchen hatte die 'US Fuel and Security Services' schon im vergangenen Jahr eine nette Werbung parat. Ohne Nennung des Namens Palmyra pries sie ihre "Insel im Pazifischen Ozean", bestehend "aus zahlreichen Inselchen, die eine große Lagune umfassen (...), umgeben von einem Korallenriff", in einer Fachzeitschrift für Atomenergie (zit. nach (7)), als "weit entfernt" an. Weit entfernt von Russland und den USA, und von den Castortransport-Gegnern in Gorleben. Aber auch weit weg von den Bewohnern pazifischer Inseln?

Die im Süden an Palmyra anschließenden 'Line Islands' gehören zur Republic of Kiribati. Nach Teraina (Washington Island) mit seinen etwa 1.000 Bewohnern sind es weniger als 200 km, nach Tabuaeran (Fanning Island, ca. 1.500 Einwohner) knapp 300 km, für pazifische Verhältnisse ein Katzensprung.

Obwohl die 33 Inseln der Republik Kiribati auf die unvorstellbar große See-Wirtschaftszone von 3,5 Mio qkm verteilt und ziemlich isoliert sind, regte sich sofort nach Bekanntwerden der neuen Atommüll-Pläne unter den 75 000 Einwohnern erstaunlich viel Widerstand.

Im Mai letzten Jahres haben bei einer Parlamentssitzung alle Abgeordneten gegen die Endlager-Pläne protestiert. Die Bewohner von Kiribati fürchten Leckagen und Transportunfälle und sehen ihr Hauptnahrungsmittel und Exportprodukt Fisch in Gefahr: Was werden die wandernden Thunfisch-Schwärme aus 'Boromaire' (=Palmyra) mitbringen?

Im seit 18 Jahren unabhängigen Staat Kiribati verfügt man über eine gewisse

Erfahrung mit den Folgen von Radioaktivität, da die ehemalige britische Kolonialregierung (als die Inseln noch 'Gilbert Islands' hießen) auf und nahe Christmas Island Ende der 50er Jahre neun Atombomben zu Testzwecken zünden ließ.

Auch Alex Copson von der 'US Fuel and Security Services' stellt historische Bezüge her, wenn er für sein Atommüll-Projekt auf Palmyra wirbt: "Dieses Fleckchen Erde, das noch nie für irgendjemanden zu irgendetwas nütze war, sollte dazu geweiht werden, die Menschheit vor unnötiger Zerstörung zu bewahren. ... Die pazifischen Inseln schulden dies den Veteranen des Zweiten Weltkrieges, die die Inseln vor einem schrecklichen Schicksal bewahrten" und deshalb sollten sie sich den Atommüll-Plänen nicht widersetzen. (zit. nach (5))

Es ist schon erstaunlich, mit wieviel Pathos hier für eine Sache geworben wird, mit dem Schlagwort 'Abrüstung' in den USA, im Pazifik mit der 'Bewahrung der Menschheit vor unnötiger Zerstörung' (wobei diese Worte verdächtig an die Rede des US-Gouverneurs Ben Wyatt erinnern, mit der die Bewohner des Bikini-Atolls 1946 zum Verlassen ihrer Inseln motiviert wurden!) --- damit einige Firmen ihre Geschäfte machen können.

Copsons und Murphys Firmen wollen ein atomares Dienstleistungspaket anbieten: Leasing und Transport nuklearer Brennstoffe, Rücknahme und Lagerung der verbrauchten Brennelemente. Sie gehen davon aus, daß es bis zur Jahrtausendwende weltweit knapp 200 000 Tonnen abgebrannter Brennstäbe geben wird. Deren Lagerung soll pro Tonne nur eine Million Dollar kosten, womit die teure Wiederaufarbeitung, bei der der gefährliche Bombenstoff Plutonium anfällt, finanziell unattraktiv wird (8).

Das käme der amerikanischen Politik der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen sehr entgegen - v.a. dann, wenn es gelänge, Rußland vom Einstieg in die Wiederaufarbeitung abzuhalten.

Die Lobbyisten der Atom-Firma in Washington, allen voran der ehemalige US-Außenminister James Baker, rechnen sich deshalb gute Chancen aus, von der US-Regierung die erforderlichen Genehmigungen doch noch zu bekommen (7).

Rußlands MinAtom-Vizeminister Waleri Wladimirowitsch Bogdan hatte bereits auf einem Symposium an der Washingtoner Georgetown-Universität im März dieses Jahres das Interesse seiner Regierung an dem Projekt bestätigt (4). Neuesten Meldungen zufolge will sich Rußland zur Hälfte am Bau eines Atommüllendlagers auf dem Wake-Atoll beteiligen. Die Kosten für eine oberirdische Lagerstätte mit einer Kapazität von 50 000 Tonnen werden mit anfänglich 10 und später bis zu 50 Milliarden Dollar angegeben. Die Bauzeit soll drei bis fünf Jahre betragen, mit einer Amortisation des Projektes innerhalb von acht Jahren wird gerechnet. (17)

Das Lager soll auch russisches Waffenplutonium aufnehmen, das durch Abrüstung überflüssig geworden ist und nicht in falsche Hände geraten soll (8).

Für den Transport will man 20 Spezialschiffe bauen lassen, die erst die neuen Brennelemente verteilen, die abgebrannten dann wieder einsammeln und auf die Insel bringen. Dazu sind High-Tech-Container erforderlich. Weltweit gibt es nur drei Unternehmen, die über das entsprechende know-how für den Behälterbau verfügen: die deutsche 'Gesellschaft für Nuklear-Behälter' (GNB) sowie ein englisches und ein französisches Unternehmen, die jedoch beide eng mit den (der direkten Endlagerung konkurrierenden) Wiederaufarbeitungsanlagen zusammenarbeiten. Bereits vor über einem Jahr haben Manager der US-Atommüll-Firmen die deutsche Ministerin für Reaktorsicherheit, Angelika Merkel, über ihre Pläne und eine mögliche technologische Zusammenarbeit mit der GNB informiert (7).

Inzwischen bestätigten die deutschen Castor-Bauer, daß einer US-Firmengruppe die Lizenz zum gemeinsamen Bau dreier Castor-Typen eingeräumt wurde (8). Die GNB in Essen gehört der 'Gesellschaft für Nuklear-Service' (GNS), die das Zwischenlager in Gorleben betreibt und an der wiederum große deutsche Stromversorgungsunternehmen wie RWE beteiligt sind. Bis zu tausend Castorbehälter sollen in Little Wake im US-Bundesstaat Arkansas jährlich gemeinsam gebaut werden, bestätigte GNB/GNS-Sprecher Michael Ziegler. Ein Castor-Behälter kostet laut Ziegler "weit über eine Million Mark", weshalb er die anvisierte Castor-Fabrikation als "Milliardenprojekt" bezeichnete, das allerdings von der Realisierung des Lagers im Pazifik abhängt. Laut Ziegler wird die GNS voraussichtlich auch an der Planung des Atomlagers im Pazifik beteiligt, das er als "Langzeit-Zwischenlager" bezeichnete. (8) Die auf dem Georgetown-Symposium gestellte Frage, ob ein Zwischen- oder ein Endlager auf den Atollen angestrebt werde, ist damit immer noch nicht beantwortet.

Alle bisher ins Gespräch gebrachten Pazifik-Atolle liegen nur wenige Meter über dem Meeresspiegel. Die meisten Inseln der Republik Kiribati sind geologisch genauso beschaffen und ähnlich niedrig. Dies hat die Regierung von Kiribati bereits dazu veranlaßt, im Hinblick auf den Treibhauseffekt mit der Regierung von Australien über Umsiedlungspläne für den Fall zu verhandeln, daß ihre eigenen Atolle durch den steigenden Meeresspiegel in den nächsten Jahrzehnten unbewohnbar werden. Auf die Frage nach jahrtausendlang strahlendem Atommüll auf möglicherweise versinkenden Inseln antwortete der deutsche GNS-Manager Klaus Janberg laut der Fachzeitschrift 'Nuclear Fuel', das Lager sei "wegen der Castor-Behälter flexibel und kann bei Bedarf umziehen" (zit. nach (4)).

Wenn das flache, kleine Palmyra-Atoll mit Castor-Behältern vollgestapelt ist, will die US-Firma (nach Greenpeace-Informationen) die Lagune mit stark quellfähigem Ton verfüllen und die Container darin versenken (2). Das käme, heißt es in einer Protestresolution aus Hawai'i, einer direkten Versenkung des

Atommülls im Pazifischen Ozean gleich (9). Betrachten doch die Bewohner von Atollen ihre Inseln als große Organismen im Meer - angesichts der lebenden Korallen, die die Oberfläche festhalten, gar nicht so abwegig -, die sich mit dem Meer und seinen Strömungen auch ständig verändern.

Der demokratische Kongreßabgeordnete Neil Abercrombie aus Hawai'i hat dem US-Senat inzwischen auch einen Gesetzentwurf vorgelegt, der ein Verbot der Errichtung von Atommülldeponien auf Palmyra, Wake und anderen US-verwalteten Inseln im Pazifik vorsieht (10). Abercrombie bezeichnet die Firmenbetreiber als "Atommüll-Piraten", der US-Senator Daniel Akaka, ebenfalls aus Hawai'i, nennt ihr Vorgehen "aggressiv" und fordert die Pazifikstaaten auf, "ebenso aggressiv zu sein, um sie zu stoppen" (11).

Die Pazifische Kirchenkonferenz (PCC) ermuntert ihre Mitgliedskirchen, bei ihren Inselregierungen für ein eindeutiges "nein" zu den Deponieplänen zu sorgen (13) - auch wenn die Summen "für wirtschaftliche Entwicklung, Umwelt- und Bildungs-programme", mit denen die Atom-Firmen den Inselnationen ihre Zustimmung abkaufen wollen, horrend sind, von 100 Mio \$ ist die Rede (14). Daß sich die Regierungen von diesen Geldversprechen nicht einlullen lassen wollen, haben sie bereits im September 1996 bei ihrem jährlichen Forumstreffen bekundet: In ihrer Abschlusserklärung setzten sich die 16 Mitgliedsstaaten des Südpazifik-Forums zum wiederholten Mal für eine nuklearfreie Zone in der ganzen südlichen Hemisphäre ein und kritisierten insbesondere die Pläne für ein kommerzielles Atommüll-Endlager auf dem Palmyra-Atoll.

Der Präsident von Kiribati, Teburoro Tito, will notfalls persönlich in Washington vorsprechen, um zu verhindern, daß der nationale Sicherheitsrat der USA die erforderlichen Genehmigungen erteilt (15).

Bisher darf noch gehofft werden, daß die zuständigen Instanzen in Washington ihre Zustimmung verweigern. Es hat sich noch kein Politiker gefunden, der den Gesetzentwurf Copsons in den US-Senat einbringen will (4). Aus dem Weißen Haus verlautete - trotz des Interesses an einer 'internationalen' Lösung -, daß das Projekt auch "zahlreiche Nachteile" habe, wozu etwa die Verantwortung der USA zähle, wenn US-Territorium zur Nuklearmüllhalde der Welt werde (8).

Auf dem Washingtoner Universitäts-Symposium wurde aber auch berichtet, daß in Deutschland, Taiwan und Südkorea Interesse an dem Projekt bestehe (4). Und bei den im Februar abgeschlossenen Gesprächen von Bundesregierung und SPD über einen Kompromiß bei der Atommüllentsorgung wurde ausdrücklich auf "internationale Entwicklungen" hingewiesen (16)!

Quellen:

- (1) Pacific Islands Yearbook (16th Ed.), p. 315 f, p. 311
- (2) Greenpeace Pacific Press Release (Suva 21/05/1996)
- (3) Pacific News Bulletin, February 1997, p. 7
- (4) taz 8.4.1997
- (5) Pacific Islands Monthly, July 1996, p. 23

- (6) Pacific Islands Yearbook (16th Ed.), p. 619f
 - (7) Der Spiegel 21/1996 (20.5.96), S. 22ff
 - (8) Hamburger Abendblatt 8.4.1997
 - (9) Pacific News Bulletin, June 1996, p. 7
 - (10) The Independent 14/03/97
 - (11) The Independent 07/03/97
 - (12) Pacific Conference of Churches, The Programme for Justice, Peace and Development, Suva, 22 May, 1996
 - (13) The Washington Pacific Report, Vol. 14, No. 18, June 15, and Vol. 14, No. 21, Aug. 1, 1996
 - (14) Pacific News Bulletin, August 1997, p. 5
 - (15) Te Uekera (Kiribati) Nr. 18, (31.5.1996)
 - (16) Frankfurter Rundschau 8.2.1997, S. 1
 - (17) Hamburger Abendblatt, 21.6.1997, S. 4
- Stand: Juni 1997

Ingrid Schilsky, Hamburg

Eine Kampagne gegen Goldabbau

- Aufruf zur Beteiligung -

Mit rund 3.000 Tonnen pro Jahr hat die weltweite Goldproduktion nie gekannte Mengen erreicht und einen Rekord an Umweltzerstörung bewirkt - für ein Material, das nicht wirklich gebraucht wird. Gold ist in erster Linie ein Luxusartikel, denn 85 Prozent werden für die Herstellung von Schmuck benutzt. Das Gold, das für die Industrie oder Zahntechnik notwendig ist, könnte den Tresoren der Staats- und Großbanken entnommen werden. Im Gegensatz zu anderen Metallen ist Gold im Übermaß vorhanden - etwa 100 000 Tonnen liegen in den Safes und Tresoren der Welt, in Form von Barren und Münzen, die nicht einmal Zinsen bringen.

Daß Gold als "Sicherheit" für schlechte Zeiten dient oder die Währung stabilisiert, ist eine Illusion, die wider besseres Wissen gefördert wird, um den Verlust durch sinkende Goldpreise mit höherem Absatz aufzufangen. Die Stabilität heutiger Währungen hängt von Devisen ab.

Die rasant zunehmende Zerstörung von Umwelt und Lebensgrundlagen durch Goldabbau hat Mitglieder von Menschenrechts- und Umweltorganisationen für eine Kampagne gegen den Goldabbau zusammengebracht. In dieser Zusammenarbeit sehen wir eine Stärke der Kampagne, da der Goldabbau ebenso Umweltzerstörung wie Menschenrechtsverletzungen verursacht.

Wir können den Goldabbau nicht abschaffen, aber wir wollen langfristig die Bedingungen ändern, um seine Folgen für die Umwelt und die betroffene Bevölkerung einzuschränken. Unsere Forderungen sind vor allem die Anerkennung von Land- und Wasserrechten, kultureller und ökonomischer Rechte, zum Beispiel den Schutz heiliger Orte und einer nachhaltigen

Lebensweise. Die Betroffenen müssen das Recht auf Zustimmung oder Ablehnung haben, das heißt sie müssen rechtzeitig informiert und in den Entscheidungsprozeß einbezogen werden.

Dafür brauchen wir eine breite Basis von Umwelt-, Menschenrechts- und Dritte-Welt- bzw. Eine-Welt-Organisationen und Gruppen, die die Kampagne, ihre Ziele und Forderungen unterstützen. Daher suchen wir noch Mitstreiter/innen.

Zunächst wollen wir durch Informationen und Aktionen die Öffentlichkeit sensibilisieren und die Akzeptanz und das Image des Goldes in Frage stellen, u.a. mit einer Kampagnen-Zeitung, die im September erscheinen und breit verteilt werden soll. Sie wird von FIAN (Food First Information and Action Network) und der Gesellschaft für bedrohte Völker gemeinsam herausgegeben und kann dort angefordert werden, ebenso eine Wanderausstellung, die in Arbeit ist und Seminar-Unterlagen zum Beispiel über EU-Regelungen, UN-Konventionen und Verhaltenskodizes von Unternehmen. Für Oktober/November planen wir eine Rundreise von Delegierten aus Gebieten die vom Goldabbau betroffen sind.

Da es oft die gleichen Konzerne sind, die weltweit operieren, wollen wir international zusammenarbeiten und haben ein erstes Konzept der Kampagne ins Englische übersetzt. Spanische und französische Übersetzungen sollen folgen, um zum Beispiel Briefkampagnen international zu koordinieren.

Der neue Goldrausch und die Folgen

Seit Anfang der achtziger Jahre werden weltweit immer mehr Regionen von einem Goldrausch völlig neuer Dimension erfaßt, weil selbst schwach goldhaltige Vorkommen - etwa ein Gramm pro Tonne Gestein, bei einer Abfallmenge von 999.999 Gramm - profitabel abgebaut werden können.

Möglich wurde das durch die Zyanidlaugung (Zyanid ist das Salz der Blausäure, das schon in geringer Dosis tödlich wirkt). Um das mikroskopisch feine Gold zu gewinnen, wird das Gestein zermahlen, zu einer riesigen Halde aufgehäuft und mittels einer Sprinkleranlage von Zyanidlösung durchsickert. Die Lösung bindet das im Gestein verteilte Gold, das durch weitere chemische Verfahren herausgefiltert wird. Durch die Weiterverarbeitung vor Ort gleichen die Minen oft chemischen Großanlagen.

Angesichts der Tatsache, daß ein Viertel der Weltbevölkerung kein ausreichendes oder gesundes Trinkwasser hat, und wir weltweit eine Zunahme der Wüsten beobachten, trägt der enorme Raubbau an Wasserressourcen durch den Goldabbau zu einem der größten Umweltprobleme unserer Zeit bei.

Der Wasserbedarf eines Minenbetriebes liegt im Schnitt bei 1.999 Liter

Wasser pro einer Tonne Gestein.

Die Sadiola Hill Mine in Mali zum Beispiel benötigt soviel Wasser, wie eine Stadt von 100.000 Einwohnern in Deutschland - das ist ein Vielfaches dessen, was die Nomadenbevölkerung der Region für ihr Überleben und das ihrer Tiere braucht.

Hinzu kommt die Verseuchung von Gewässern dadurch, daß die Chemikalien neue Verbindungen eingehen und je nach Gesteinsart zum Beispiel Arsen und Schwermetalle lösen oder Schwefelsäure bilden.

Die Absetzbecken für zyanidhaltige Schlämme sind tödliche Fallen für Tiere, die Wasser suchen und eine große Gefahr für Grund- und Flußwasser, wenn es zu Lecks oder zu Dammbürchen kommt. In Guyana sind bei einem Dammbuch über eine Million Kubikmeter zyanidhaltiger Abfälle ausgelaufen und haben den Hauptfluß des Landes verseucht.

Weltbank und IWF üben auf hochverschuldete Länder Druck aus, ihre Standards zu senken, um ihr Land für multinationale Konzerne attraktiver zu machen. Genau das war in Guyana geschehen: die Lagerungstechnik für Zyanidabfälle war für die Bedingungen des tropischen Regenwaldes ungeeignet und die Umweltorganisation Minewatch hatte vor einer Katastrophe gewarnt. Die Regierung hatte die Konzession trotzdem erteilt, um den Anforderungen der Weltbank zu genügen. So werden den Ländern für die Ausbeutung ihrer Rohstoffe Entwicklung und Schuldenreduzierung versprochen, während die betroffenen Regionen für immer zerstört werden. Viele Minen sind in acht bis zwölf Jahren erschöpft. Zurück bleibt Land, das nicht rekultivierbar ist.

Die folgenden Beispiele sollen die Auswirkungen des Goldabbaus zeigen, die je nach ökologischen und politischen Bedingungen des Landes variieren, aber auch Parallelen, vor allem für die betroffene Bevölkerung aufweisen. Die Kampagne soll sich nicht auf die hier geschilderten Fälle beschränken. Die Informationsarbeit wird sich im Verlauf der Kampagne erweitern, wir wollen Materialien wie Filme, Videos, Dias etc. sammeln und erforderliche Briefaktionen sollen möglichst von allen Beteiligten getragen werden.

USA: Goldabbau auf dem Land der Western Shoshone

In den USA gilt bis heute das Bergbaugesetz von 1872, das es jedem, auch ausländischen Konzernen erlaubt, auf Staatsland Bodenschätze abzubauen selbst in sensiblen Gebieten, etwa angrenzend an einen Naturschutzpark. Bisher ist jeder Versuch, das Gesetz zu ändern, an der Industrie-Lobby gescheitert. Es gäbe genug Möglichkeiten, den Schaden, den ein Konzern anrichten kann, zu begrenzen - doch oft fehlt den zuständigen Behörden der Wille, die Einhaltung bestehender Gesetze, etwa zur Reinhaltung des Was-

sers, durchzusetzen - erst recht, wenn es um den Schutz indianischen Landes und indianischer Rechte geht .

Nevada, im landschaftlich reizvollen Südwesten, ist der größte Goldproduzent der USA. Die meisten der neuen Goldminen liegen auf dem Land der Western Shoshone, deren Territorium die USA vertraglich anerkannt haben. Doch Gold- und Silberfunde des 19. Jahrhunderts führten zum Vertragsbruch. Der indianische Widerstand gegen die Enteignung richtet sich gleichzeitig gegen die Zerstörung ihrer Umwelt.

In Crescent Valley entsteht eine der größten Goldminen der USA, das Pipeline Projekt von Placer Dome. Die Anlage erstreckt sich über zehn Quadratkilometer. Um die Grube, die 230 Meter unter dem Grundwasserspiegel liegt, trocken zu halten, werden pro Minute 120-150 000 Liter Wasser gepumpt - 24 Stunden, jeden Tag im Jahr. Die ökologische Katastrophe ist absehbar: Allein im Flußsystem des Humboldt liegen zwölf Goldminen, deren Entwässerungsrate zum Teil noch höher liegt. Quellen und Bäche versiegen, Pflanzen sterben, Tiere verdursten. Im sensiblen Ökosystem der Halbwüste hat eine derartige Absenkung des Grundwasserspiegels Auswirkungen auf eine Region, die weit über das Abbauggebiet hinausreicht.

Crescent Valley ist auch die Heimat der Danns, einer traditionellen Großfamilie, deren zahlreiche Mitglieder führend im Kampf für Land- und Vertragsrechte sind und die sich heute ebenso vehement gegen den Goldabbau einsetzen, wie in den Jahrzehnten zuvor gegen Atomtests auf dem Land der Western Shoshone. Zunächst wurde ihnen Geld angeboten, damit sie ihr Land aufgeben, jetzt versucht man es mit Schikanen.

Dramatisch ist auch die Situation der Timbisha, einer Gruppe der Western Shoshone, die in Death Valley lebt. Nachdem sie gegen den Bau einer Goldmine auf ihrem traditionellen Gebiet protestiert hatten, wurde ihnen mitgeteilt, daß sie Death Valley verlassen müssen, da es zum Nationalpark erklärt wurde - obwohl das Gesetz für den Nationalpark Death Valley einen Zusatz enthält, der den Timbisha eine Reservation zusichert. Death Valley wird von Millionen Touristen aus aller Herren Länder überschwemmt - seit ihrem Protest gegen die Goldmine stört eine kleine Gruppe von Indianern die Nationalpark-Verwaltung mehr, als die Goldmine.

Der gewaltigen Landschaftszerstörung fallen auch kulturelle und heilige Stätten der Western Shoshone zum Opfer, obwohl sie laut Gesetz geschützt sind. Der Allianz von Umweltschützern und Indianern gelang es, die Genehmigung für einige Minenprojekte zu verschieben. Das gab ihnen Zeit, Daten und Fakten zu sammeln und Alternativen vorzuschlagen, um einige heilige Stätten vor der Zerstörung zu bewahren, sowie eine Studie über den

kumulativen Effekt der Entwässerung durch die Goldminen im Humboldt-Becken durchzusetzen. Sie hoffen auf internationale Unterstützung gegen die rapide Entwicklung neuer Goldminen und die drohende Zwangsumsiedlung.

Indonesien: Freeport in Westpapua (Irian Jaya)

Seit Westpapua von Indonesien als "Irian Jaya" annektiert wurde, sind Tausende von Menschen vom indonesischen Militär umgebracht worden - 900 allein im Jahr 1977, als die Bevölkerung gegen die Aktivitäten der US-Firma *Freeport McMoRan* protestierte.

Westpapua ist ein Eldorado ausländischer Konzerne, die große Teile des Landes, seiner Flüsse und Regenwälder durch den rücksichtslosen Abbau von Kupfer und Gold zerstört haben.

Der 3.500 Meter hohe Grasberg enthält der Welt größtes Goldlager. Von der Mine läßt Freeport täglich 125.000 Tonnen Abraum in die Flüsse leiten. Die zyanidhaltigen Abfälle haben das Trinkwasser und die Fische vergiftet. Millionen Hektar an Feuchtgebieten, Mangroven und Regenwäldern, in denen die Amungme, Beanal, Komoro und Moni leben, sind tot. Zwangsumsiedlungen verursachen Konflikte zwischen der lokalen Bevölkerung und indonesischen Neusiedlern. Proteste der Bevölkerung, die ohne Entschädigung enteignet wurde, werden mit Erschießungen, Folter und "Verschwindenlassen" durch indonesisches Militär und Sicherheitskräfte des Konzerns beantwortet.

LEMASA, der Stammesrat der Amungme hat in New Orleans, USA, einen Prozeß gegen die Firma angestrengt: Freeport soll für Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen sechs Milliarden US-Dollar zahlen. Daß die Klage der Amungme von einem US-Gericht akzeptiert wurde, ist allein schon ein großer Erfolg.

Doch in den nächsten Jahren will Freeport weitere 2,6 Millionen Hektar für den Tagebau erschließen und noch größere Mengen Abraum in die Flüsse leiten. Auch weitere Zwangsumsiedlungen wurden bereits angedroht.

Philippinen: Goldabbau auf Mindanao

Weltbank und IWF bestimmen weitgehend die Wirtschaftspolitik der hoch verschuldeten Philippinen, deren Waldflächen bereits um die Hälfte dezimiert sind. Unter ihrem Einfluß entstand 1995 ein neues Bergbaugesetz (Mining Code RA 7942), um ausländische Investoren anzuziehen. Bereits jetzt haben sich über hundert ausländische Konzerne ein Drittel des Staatsgebietes zur

Prospektion gesichert. Küstengewässer, Flüsse und Bewässerungsanlagen für Reisfelder sind bereits von Abfällen aus Goldminen verseucht.

Den weitgehenden Konzessionen des neuen Gesetzes fallen nicht nur Umweltstandards zum Opfer, sondern auch die Landrechte der indigenen Bevölkerung. Viele Gemeinden, die in kleinem Umfang auf umweltverträgliche Weise Bergbau betrieben haben, verlieren ihre traditionellen Rechte. Die Nachbarländer sehen sich gezwungen, ihre Umweltstandards ebenfalls zu senken, um konkurrenzfähig zu bleiben.

Auf der Südinsel Mindanao werden 400 000 Hektar eines noch unerschlossenen tropischen Regenwaldes prospektiert. Die Aktivitäten der australischen Western Mining Corporation wurden von militärischen Aktionen begleitet und führten zur Vertreibung der B'laan, Bagobo, Manobo, Klagan, Tedurax, Ubo und T'boli. Zahlreiche Menschenrechtsverletzungen, vor allem durch paramilitärische Truppen, sind dokumentiert.

Das Centro for Environmental Concerns in Manila koordiniert die Bemühungen für eine Rücknahme des neuen Bergbaugesetzes, um grundlegende Rechte der einheimischen Bevölkerung wieder herzustellen.

Afrika: Goldabbau in Ghana

Ghana, das schon in der Kolonialzeit den Namen "Goldküste" trug, hat eine alte Tradition des Goldbergbaus. In der Ashanti-Mine wird seit fast hundert Jahren Gold produziert und die Ashanti Gold Corporation dehnt die Exploration immer weiter aus.

Die vom IWF durchgesetzte Wirtschaftspolitik setzt fast ausschließlich auf den Export von Gold, doch trotz der Expansionen ist Ghanas Verschuldung gestiegen, ebenso die Entlassung von Arbeitern aufgrund der Strukturanpassungsprogramme des IWF.

Die Auseinandersetzungen um Landrechte, Pachtzahlungen etc. dauern bis heute an: 1897 hatten die Engländer den Adansihene, den Besitzern des Landes, gegen eine jährliche Pachtgebühr von 54 (!) englischen Pfund die Ausbeutung der Obuasi-Goldfelder abgepreßt. In den 70er Jahren erreichten sie eine Erhöhung auf 100 000 Pfund - immer noch eine bescheidene Summe angesichts der exorbitanten Gewinne aus dem Abbau.

Landbesitzer, Bauern und Umweltschützer weisen auf die immensen ökologischen Folgekosten des Goldbergbaus: das Land verliert große landwirtschaftliche Flächen und Wald, zur Zeit bei den Dörfern Brofoduo und Akrofuom. Die Kleinbauern landen in den Slums der Städte. Dem Großbergbau folgt der illegale Kleinbergbau, Urwaldriesen werden gefällt, um auf den gerodeten Flächen nach Gold zu graben. In den Tagebaugruben

sammelt sich Regenwasser, das zur Brutstätte für Krankheitserreger wie die Malaria-Mücke oder Bilharziose wird.

Türkei: Goldabbau an der Ägäischen Küste

An der Ägäis soll von Troja bis Izmir an 60 Plätzen Gold abgebaut werden. Rund 300 000 Menschen leben dort vom Oliven- und Gemüseanbau. Der Goldabbau würde nicht nur diese hochwertige landwirtschaftliche Anbaufläche zerstören, sondern auch eine schöne, historisch bedeutende Landschaft, die viele Touristen anzieht.

Der Widerstand der Olivenbauern führte zum Erlaß eines Gesetzes, das die Errichtung von Industrieanlagen im Umkreis von drei Kilometern um die Olivenhaine verbietet. Doch für die ersten 2.500 Olivenbäume kam das Gesetz zu spät.

Der jahrelange Kampf gegen den Goldabbau schloß zahlreiche Aktionen ein, von denen vor allem zwei erwähnenswert sind: Die fünf Dörfer in der Bucht von Edremit stellten Asylanträge in Deutschland, da deutsche Konzerne an den Plänen zum Goldabbau beteiligt waren. Und in der Region von Bergama organisierten die Bewohner ein Referendum, bei dem 98 Prozent gegen den Goldabbau stimmten.

Das Europäische Parlament hat die Pläne als bevorstehende Katastrophe bezeichnet und die BRD aufgefordert, den Einsatz von Zyanid durch deutsche Firmen (in diesem Fall Degussa) auch außerhalb Europas zu verbieten.

Die Forderungen zur Kampagne

- Anerkennung der Landrechte, Wasserrechte und kultureller Rechte
- angemessene Entschädigung für den Verlust des Landes
- angemessene Entschädigung für gesundheitliche Schäden und Störfälle
- keine öffentlichen Gelder und Hermesbürgschaften für Goldbergbau und -exploration
- Verkauf von Goldvorräten der Weltbank zur Finanzierung von Projekten der "nachhaltigen Entwicklung" oder zum Erlaß von Schulden der ärmsten Länder. Die Bundesregierung hat einen solchen Beschluß auf dem Jahrestreffen von IWF und Weltbank 1996 gegen eine Mehrheit von Staaten torpediert.
- Erarbeitung von internationalen Konventionen und Verträgen zum Schutz von Menschen und der Natur durch den Bergbau
- Beim Einsatz von Chemikalien im Bergbau sollen die Chemikaliengesetze gelten.

Die Koordination der Kampagne liegt bei FIAN (Food First Information and Action Network), Sektion der BRD: Overwegstr. 31, 44625 Herne.
Zu den Unterstützern zählen bisher: Akafrik, BUNTSTIFT, Gesellschaft für bedrohte Völker, Nabu, Rettet den Regenwald e.V.

Für Rückfragen stehen zur Verfügung:	Telefon:	Telefax:
Stefan Cramer (BUNTSTIFT), Göttingen 58	0551/460 10	0551/428
Renate Domnick (GfbV), Hamburg 480	040/243 480	040/243
Thomas Rude (FIAN), München 089/5203286	089/5203220	
Petra Sauerland (FIAN), Aachen 0241/911193	0241/912	158
Thomas Siepelmeyer (AKAFRIK), Münster 02575/866 6	02575/833	6

Lesetip: "Goldrausch". Hintergründe und soziale Folgen des weltweiten Goldabbaus. FIAN-Dokumentation, April 96, 38 Seiten. DM 7.-

Renate Domnick, Hamburg

Termine

12. bis 14. September 1997, Evangelische Akademie Iserlohn in Kooperation mit dem PalmPool e.V.: Strategie-Workshop Aktion Kokos - Perspektiven 2000.

Die Kokospalme inspiriert mit ihrer Signalwirkung und mit ihren Produkten künstlerische, unternehmerische und politische Energien. Sie ist zu einem Symbol des Wendekreises und der Wende geworden, die auch für einen Neubeginn in der umwelt- und entwicklungspolitischen Diskussion steht und eng verbunden ist mit der Diskussion um die Agenda 21 in der Folge der Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992.

Zum Workshop sind alle jene eingeladen, die sich mit der Kokospalme beschäftigen wollen, die ihre Energien und Visionen zu einer Wende im Umgang mit unseren Ressourcen zusammenbringen wollen und zukünftige Formen des gemeinsamen Handelns ansprechen möchten. Anreise am

Freitag, den 12.09., 17 Uhr, Ende am Sonntag, den 14.09. gegen 13 Uhr.
Unkostenbeitrag: EZ mit Vollpension DM 130,- (erm. DM 90,-), DZ mit VP DM 100,- (erm. DM 60,-) zuzgl. Tagungsgebühr DM 60,- (erm. DM 36,-).
Tagungsort/Infos/Anmeldung: Evang. Tagungsstätte Haus Ortlohn, Berliner Platz 12, 58638 Iserlohn-Nußberg, Tel.: 02371 - 352 0, Fax: 02371 - 352 299.

19. September 1997, Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten NRW/Bonn: *"Das Rot von CocaCola - Symposium zu Erfahrungen und Perspektiven in der Nord-Süd-Kulturarbeit"*

Im Rahmen der neuen Schwerpunktsetzung Bonns als Zentrum für Internationale Zusammenarbeit gilt es, auch die Kulturpolitik der Stadt, der Region und des Landes im Hinblick auf diese neue Aufgabestellung und die Nord-Süd-Beziehungen neu zu definieren. Auch der Rio-Nachfolgeprozeß und die Agenda 21 ergeben für die Nord-Süd-Kulturpolitik eine Neubewertung ihres Selbstverständnisses und ihrer Strukturen. Die globalen Herausforderungen im Bezug auf Umwelt, Wirtschaft und Gerechtigkeit brauchen differenzierte Antworten aus allen Kulturen der Welt. Das Symposium, das am 19.09. in der Landesvertretung NRW in Bonn stattfindet, will als Ort der Begegnung, des Erfahrungsaustausches und der Vernetzung einen ersten Schritt in diese Richtung machen. Veranstalter sind die Stadt Bonn, das Land Nordrhein-Westfalen, die EXILE-Kulturkoordination e.V., die Kulturpolitische Gesellschaft/Bonn und das EineWeltForum/Bonn. Die Veranstaltung wird um 9:30 Uhr eröffnet und mit einem gegen 20 Uhr beginnenden Konzert beendet.
Infos unter Tel.: 0201 - 777 176, Fax: 0201 - 779 762.

26. bis 28. September 1997, Arbeitskreis Vierte Welt e.V.: *Treffen des Westpapua-Netzwerkes in Losse/Magdeburg*

Der Arbeitskreis Vierte Welt e.V. lädt zum 2. Treffen der Westpapua-Solidaritätsgruppen und -organisationen nach Losse ein. Auf dem Programm stehen u.a. das Video "Westpapua - ausgebeutet, unterdrückt, vergessen" der Pazifik-Infostelle, die Koordination einer gemeinsamen Kampagne zum Mamberamo-Projekt und zu *Freeport McMoRan* sowie ein Vortrag von Ottis Simopiaref zum Thema "Strategie zur Erlangung der Unabhängigkeit Westpapas". Außerdem soll die Frage "Wohin soll das Netzwerk gehen?" geklärt werden. Anreise am Freitag (26.09.) bis 18 Uhr. Das Treffen endet am Sonntag gegen 13:30 Uhr. **Teilnahmebeitrag:** DM 50,-; Fahrtkosten werden auf Antrag anteilig erstattet. **Infos/Anmeldung:** Arbeitskreis Vierte Welt e.V., Renate Sattler, Postfach 80, 39028 Magdeburg, Tel.: 0391/251 10 19, Fax: 0391/253 23 93.

24. bis 26. Oktober 1997: 9. Europäisches Pazifik-Solidaritäts-Seminar in Brüssel

Schwerpunktthemen des diesjährigen EPS-Seminars werden voraussichtlich sein: Französisch Polynesien - 30 Jahre Atomtests im Pazifik; Kanaky - Nickelabbau und Unabhängigkeit für Neukaledonien; Lomé IV - Wirtschaftsperspektiven pazifischer Inselstaaten. Im Vorfeld wird eine mehrtägige Tagung zum Thema Lomé IV abgehalten (20. bis 24.10.). Für beide Seminare liegen derzeit leider noch keine festen Programme vor. Nähere **Informationen** können aber beim ECSIEP-Büro eingeholt werden: European Centre for Studies, Information & Education on Pacific Issues (ECSIEP), P.O. Box 151, NL - 3700 AD Zeist, Tel.: 0031-30- 69 27 827, Fax: 0031-30- 69 25 614, e-mail: ecsiep@antenna.nl

24. Mai bis 16. November 1997, Museum für Völkerkunde, Frankfurt
(Schaumainkai 29, Tel.: 069-212 357 55; Di. - So. 10-17 Uhr, Mi. bis 20 Uhr):
"Sinnwelten".

Mit der Ausstellung "Sinnwelten" bietet die *Galerie 37. Kunst im Museum für Völkerkunde* außereuropäischen KünstlerInnen ein Forum zur Selbstdarstellung. Die Werke dieser KünstlerInnen passen weder in das Bild westlicher Moderne, noch entsprechen sie dem Klischee der ursprünglichen Stammeskunst. In ihren Bildern und Skulpturen setzen sie sich mittels eigener Symbol- und Formensprache und in vielfältigen Techniken mit globalen Themen, aber auch mit Tradition und Gegenwart ihrer eigenen Kultur auseinander. Die Ausstellung "Sinnwelten" zeigt rund 100 Arbeiten unter anderem aus Indonesien, Papua-Neuguinea und Australien.

Herausgegeben von der Pazifik-Informationsstelle
Postfach 68, 91561 Neuendettelsau, Telefon 09874-9299
Redaktion: Susanne Piegsda

Neuerscheinungen

"Krisenherd Westpapua"

Pazifik-Kurz-Info in der Reihe "Blickpunkte", Juli 1997, 8 Seiten.
Begleittext zum Video der Pazifik-Informationsstelle **"Westpapua -
ausgebeutet, unterdrückt, vergessen"**

Beides ist über die Pazifik-Informationsstelle zu beziehen.